

# **Bekämpfung von Umweltdelikten nach Unionsrecht: Unternehmerische Haftung in Zusammenhang mit Unternehmensfusionen und -übernahmen<sup>1</sup>**

## **Abriss**

In dieser Studie werden die Auswirkungen von Fusionen und Übernahmen auf Umwelthaftung und Umweltdelikte erörtert. Untersucht wird, ob die Umwelthaftung auf einen Rechtsnachfolger oder eine Muttergesellschaft übergeht. Daneben wird auch die Rolle der Unternehmen in der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt mit besonderem Augenmerk auf der Rechtsnachfolge von Unternehmen untersucht. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Konzept des Ökozids gewidmet. Laut den Schlussfolgerungen der Studie gehen im Fall einer Fusion oder Übernahme die Verpflichtungen aus der Umwelthaftung auf die erwerbende Gesellschaft über. Dabei besteht aber immer noch die Gefahr, dass Unternehmen ihr eigene Insolvenz inszenieren. Ein Mittel, um das zu verhindern, könnte die Auflage verpflichtender Solvenzgarantien sein. Auch kann die strafrechtliche Haftung eines Unternehmens in vielen Rechtssystemen auf den Rechtsnachfolger übertragen werden.

Der Schwerpunkt dieser Studie liegt auf bestimmten Aspekten der Bekämpfung von Umweltdelikten nach Unionsrecht und insbesondere auf der Haftung von Unternehmen in Zusammenhang mit Unternehmensfusionen und -übernahmen. Es besteht die Befürchtung, dass insbesondere in Zusammenhang mit Fusionen und Übernahmen Unternehmen sich ihrer (zivil- und/oder strafrechtlichen) Umwelthaftung entziehen könnten. Ziel dieser Studie ist, die (zivil- und/oder strafrechtliche) Umwelthaftung nach einer Unternehmensfusion oder -übernahme zu untersuchen und allgemein zu prüfen, unter welchen Bedingungen Unternehmen sich möglicherweise ihrer zivil- und strafrechtlichen Haftung entziehen können.

<sup>1</sup> Volltext der Studie in englischer Sprache:

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/693182/IPOL\\_STU\(2021\)693182\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/693182/IPOL_STU(2021)693182_EN.pdf)



Unternehmen sollten unbedingt für die sozialen Kosten ihrer Tätigkeiten zur Verantwortung gezogen werden, darunter auch für die von ihnen verursachten Umweltschäden. Das könnte anhand von Instrumenten der zivilrechtlichen Haftung wie der Richtlinie 2004/35/EG vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (Umwelthaftungsrichtlinie) erfolgen. Da aber in Bezug auf die zivilrechtliche Haftung bedeutende Einschränkungen bestehen, wird in der Praxis zur Sanierung von Umweltschäden auf eine öffentliche Regulierung zurückgegriffen. Die öffentliche Regulierung muss künftig verwaltungs- und strafrechtlich gestärkt werden. So besteht ein optimaler Rahmen zur Durchsetzung des Umweltrechts aus einer Kombination zivil-, verwaltungs- und strafrechtlicher Rechtsmittel.

Probleme können allerdings dann auftreten, wenn Konzerne ihre Vermögenswerte infolge einer Fusion oder Übernahme übertragen. In den verschiedenen europäischen Richtlinien in Bezug auf Fusionen (Richtlinie 2017/1132 vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts und Richtlinie 2019/2121 vom 19. November 2019 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen) ist allerdings eindeutig festgelegt, dass sämtliche Vermögenswerte und Haftungen der zu erwerbenden Gesellschaft *ipso jure* auf die erwerbende Gesellschaft übergehen. Somit kann eine Fusion oder Übernahme nicht als Instrument dienen, um der Umwelthaftung zu entgehen, da die Haftung *ipso jure* auf den Rechtsnachfolger übergeht. Das bedeutet, dass die erwerbende Gesellschaft verpflichtet ist, die Umweltverpflichtungen des von ihr erworbenen Unternehmens zu übernehmen. Das bedeutet aber nicht, dass überhaupt keine Probleme bestehen. So kann ein Unternehmen allgemein seiner Umwelthaftung entgehen, indem es seine Vermögenswerte verkauft und zu einer leeren Hülle wird oder zahlungsunfähig wird und schließlich sogar in Konkurs geht. Doch diese Gefahren (in Bezug auf die beschränkte Haftung von Unternehmen) bestehen auch außerhalb des Kontextes einer Fusion oder Übernahme. Schon alleine deswegen sollten von Betreibern verpflichtende Solvenzgarantien verlangt werden, um sicherzustellen, dass die Umweltverpflichtungen erfüllt werden.

Im Fall einer Fusion oder Übernahme geht nach den Regeln des Umweltrechts im jeweiligen Mitgliedstaat auch die Umweltgenehmigung auf die erwerbende Gesellschaft über. In bestimmten Wirtschaftszweigen mit erhöhtem Risiko, wie im Nuklearbereich, ist für eine solche Übertragung der Umweltgenehmigung nicht nur eine Mitteilung an die zuständige Behörde, sondern auch deren Zustimmung notwendig.

Allgemein werden bei der Übernahme von Unternehmen Kontrollen bezüglich der Sorgfaltspflicht vorgenommen, um die Umweltrisiken der zu erwerbenden Zielgesellschaft zu prüfen. Insofern die Zielgesellschaft über eine Solvenzgarantie (beispielsweise eine Haftpflichtversicherung) verfügt, die auch auf die erwerbende Gesellschaft übertragen werden kann, ist die Erfüllung der Umweltverpflichtungen sichergestellt. In Bezug auf kerntechnische Anlagen herrscht scharfe Kritik an der Struktur der Übereinkommen über die Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie. Diese richtet sich insbesondere gegen die niedrigen finanziellen Grenzwerte für die Haftung des Betreibers einer kerntechnischen Anlage sowie die ausschließliche Kanalisierung der Haftung auf den Betreiber.

In der Rechtsprechung des EuGH (konkret dem wegweisenden Urteil vom 10. September 2009 im Fall Akzo Nobel) ist eine zunehmende Tendenz zu erkennen, Muttergesellschaften für die von ihren Tochterunternehmen verursachten Schäden in Haftung zu nehmen. Die Rechtsprechung des EuGH in Bezug auf Haftung der Muttergesellschaft findet bislang (unter bestimmten Bedingungen) auf das Wettbewerbsrecht Anwendung, kann aber gegebenenfalls auch auf den Umweltbereich ausgedehnt werden. Auch im Recht der Mitgliedstaaten sind Versuche der Durchgriffshaftung zu finden, um die negativen Folgen der unternehmerischen Haftungsbeschränkung zu begrenzen. Daneben haften in einigen Fällen Muttergesellschaften direkt für die von ihren Tochterunternehmen in Entwicklungsländern verursachten Umweltschäden. Immer häufiger treten Fälle ein, in denen Muttergesellschaften in der EU für Schäden haftbar gemacht werden, die von ihren Tochterunternehmen außerhalb der EU verursacht wurden. Auf der einen Seite werden Konzerne in der EU für Umweltverstöße in Haftung genommen, die ihre Tochterunternehmen außerhalb der EU begangen haben. Auf der anderen Seite werden Konzernen aus der EU auch Sorgfaltspflichten auferlegt, nach denen sie prüfen müssen, dass in ihren Lieferketten keine Verstöße gegen die Umwelt oder Menschenrechte begangen werden.

Unternehmen spielen auch in der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt eine wichtige Rolle. Die Pflichten im Sinne der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt finden auch auf Unternehmen Anwendung, obgleich die gegen Unternehmen verhängten Strafen wirksam, angemessen und abschreckend, jedoch nicht unbedingt strafrechtlichen Charakters sein müssen. In der Lehre werden aber auch Argumente angeführt, nach denen die Unternehmenshaftung in der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt im Sinne einer echten strafrechtlichen Haftung ausgedehnt werden sollte. Mitgliedsstaaten, die sich traditionell gegen die strafrechtliche Haftung von Unternehmen ausgesprochen hatten (wie Deutschland), ändern inzwischen ihre gesetzlichen Bestimmungen ab, um die strafrechtliche Haftung auch für Unternehmen einzuführen. In der Fachliteratur, aber auch von verschiedenen Strafverfolgungsnetzen, wurden mehrere Vorschläge zur Reform der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt unterbreitet. Einer dieser Vorschläge bezieht sich auf die Annahme von eigenständigen Straftatbeständen für Umweltdelikte, die eine strafrechtliche Haftung selbst dann ermöglichen würden, wenn nicht gegen die Bedingungen der Umweltgenehmigung verstoßen wurde. Des Weiteren wird vorgeschlagen, die möglichen Rechtsmittel in der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt insofern zu erweitern, dass beispielsweise explizit ergänzende Sanktionen genannt werden, mit denen in der Vergangenheit verursachte Schäden wieder behoben und künftige Schäden verhindert werden sollen. In der Fachliteratur wird auch der Vorschlag unterbreitet, ausdrücklich die Abführung von unrechtmäßig erwirtschafteten Gewinnen als mögliche Abhilfemaßnahme zu benennen. Anstatt die Harmonisierung der Strafen wird in der Fachliteratur angeführt, wie wichtig es sei, dass die Mitgliedsstaaten angemessene Daten zur Strafverfolgung im Rahmen des Umweltrechts bereitstellen, damit die tatsächliche Umsetzung des Umweltrechts in den Mitgliedsstaaten geprüft werden kann. Gegenwärtig liegen auf EU-Ebene keine ausreichenden Angaben zur Strafverfolgung im Rahmen des Umweltrechts in den Mitgliedsstaaten vor. Dadurch kann die Effektivität des Umweltrechts der EU stark gefährdet werden. Zuletzt wird noch empfohlen, dass in der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt ausdrücklich Raum für verwaltungsrechtliche Verfolgung und Abhilfemaßnahmen geschaffen werden soll. Da gerade die verwaltungsrechtliche Verfolgung für Unternehmen wichtig sein kann, ist darauf hinzuweisen, dass auch durch wirksame verwaltungsrechtliche Abhilfemaßnahmen eine abschreckende Wirkung erreicht werden kann.

Die strafrechtliche Haftung kann im Fall einer Rechtsnachfolge prinzipiell gefährdet sein. Aber die Regel, dass die erwerbende Gesellschaft die Haftung der zu erwerbenden Gesellschaft übernimmt, findet gemäß der Rechtsprechung des EuGH auch auf den Fall der zivilrechtlichen Haftung und Haftpflicht Anwendung. Somit kann beispielsweise die Pflicht, (für Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht) eine Geldbuße zu entrichten, auch auf den Rechtsnachfolger übergehen. Auch im Recht der Mitgliedstaaten bestehen Möglichkeiten, die Haftung eines Zielunternehmens gegenüber dem Rechtsnachfolger auszudehnen, insbesondere, wenn sich eine Gesellschaft, um strafrechtlicher Haftung zu entgehen, selbst auflöst, und sie als anderes Unternehmen neu gegründet wird. In einigen Mitgliedsstaaten ist es, insofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, sogar möglich, die strafrechtliche Verfolgung selbst dann fortzuführen, wenn eine Gesellschaft aufgelöst wurde. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat außerdem festgestellt, dass es keinen Verstoß gegen den persönlichen Charakter der Bestrafung darstellt, wenn ein Rechtsnachfolger für die strafrechtliche Haftung des Rechtsvorgängers zur Rechenschaft gezogen wird.

Im Fall Probo Koala ging es um den Transport von Abfällen aus einem EU-Mitgliedstaat (Niederlande) in ein Drittland (Côte d'Ivoire in Afrika), wodurch in der Côte d'Ivoire angeblich schwere Schäden an der Umwelt und sogar der öffentlichen Gesundheit verursacht wurden. Dieser Fall hatte sowohl in der Côte d'Ivoire als auch im Vereinigten Königreich und den Niederlanden mehrere Verfahren zur Folge. Faktisch hat es sich aber als unmöglich erwiesen, europäische Unternehmen wegen der Umweltverschmutzung in der Côte d'Ivoire infolge des Transports zu verfolgen. Es war nur die Verfolgung technischer Verstöße möglich, die innerhalb der EU stattgefunden hatten. Das wirft wichtige Fragen in Bezug auf die Grenzen des Territorialitätsprinzips für die Anwendung der strafrechtlichen Haftung bei dieser Art von grenzüberschreitender Umweltverschmutzung auf. Die auf die zivilrechtliche Haftung von Unternehmen innerhalb der EU für außerhalb der EU verursachte Umweltschäden Anwendung findende Direkthaftung im Ausland gilt noch nicht für die strafrechtliche Haftung.

Eine der Antworten darauf bestand darin, das Konzept des sogenannten Ökozids ins Leben zu rufen. Eingeführt wurde es bei der Konferenz von Rom zur Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs im Jahr 1998. Das Konzept war aber beschränkt auf weitreichende, langfristige und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt in Kriegszeiten, die eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen. Angesichts dieser Formulierung ist diese Bestimmung in der Praxis schwer anwendbar. Ein häufiger Vorschlag sieht eine andere Formulierung vor, nach der Ökozid zum fünften Verbrechen gegen den Frieden werden sollte. Das Europäische Parlament hat kürzlich Bemühungen in diese Richtung unterstützt. Außerdem zeigt die Debatte über den Ökozid erneut, wie wichtig es ist, eigenständige Straftatbestände für Umweldelikte zu haben. Angesichts der Gefahr, dass in manchen Fällen eine strafrechtliche Haftung dort nicht möglich sein könnte, wo das Umweldelikt unter den Bedingungen einer Genehmigung stattgefunden hat, ist es wichtig, eigenständige Straftatbestände zu haben, die in Ausnahmefällen strafrechtliche Haftung auch dann ermöglichen, wenn die Bedingungen einer Genehmigung eingehalten wurden. Auf diese Weise wäre es möglich, dass das Strafrecht seine Schutzwirkung für die Umwelt beispielsweise im Fall unzulänglicher oder abgelaufener Genehmigungen entfaltet. Selbst heute gibt es noch Fälle (wie Umicore), bei denen Emissionen eine Gefahr für die Gesundheit von Menschen darstellen (oder sie sogar schädigen), eine strafrechtliche Haftung aber unmöglich ist, da die Emissionen (teilweise) von einer verwaltungsrechtlichen Genehmigung abgedeckt sind. Die Schaffung eines eigenständigen Straftatbestandes für Umweldelikte würde strafrechtliche Haftung in schweren Fällen von Umweltschäden (die zur Gefahr von Gesundheitsschäden führen) selbst dann ermöglichen, wenn die Bedingungen einer verwaltungsrechtlichen Genehmigung eingehalten werden.

**Haftungsausschluss und Urheberrechtsschutz:** Die hier vertretenen Auffassungen geben die Meinung der Autoren wieder und entsprechen nicht unbedingt dem Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe sind gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2021.

Externe Autoren: (Prof. Dr. Michael G. FAURE, Professor für vergleichendes und internationales Umweltrecht an der Universität Maastricht und Professor für vergleichendes Privatrecht und Wirtschaft an der Erasmus School of Law in Rotterdam (beide in den Niederlanden) in Zusammenarbeit mit Csoban GÖCZE und Minzhen JIANG (Universität Maastricht).

Für die Forschung zuständiger Verwaltungsrat: Giorgio MUSSA    Editionsassistenz: Christina KATSARA

Kontakt: [poldep-citizens@europarl.europa.eu](mailto:poldep-citizens@europarl.europa.eu)

Dieses Dokument ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar: <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/supporting-analyses>

PE 693.182

Druckfassung      ISBN 978-92-846-8426-7 | doi: 10.2861/99308 | QA-02-21-625-DE-C

PDF                      ISBN 978-92-846-8427-4 | doi: 10.2861/092764 | QA-02-21-625-DE-N